

›Agenda für den Frieden‹) beide 1992 für eine Aktivierung des Generalstabsausschusses des Sicherheitsrats plädierten, erwähnen die Unabhängige Arbeitsgruppe und die Kommission für Weltordnungspolitik diesen Vorschlag schon nicht einmal mehr. Statt dessen sprechen sich beide Kommissionen für Ad-hoc-Strukturen beim jeweiligen Befehl über UN-Missionen aus. Man kann davon ausgehen, daß auch die in den USA nunmehr leidenschaftlich vorgetragene Ablehnung, US-Soldaten unter UN-Kommando zu stellen, für diesen Wandel bestimmend war.

Was nun die Argumentationstaktik betrifft, nicht zuletzt also die sprachliche Form, in der man für eine Reform der Vereinten Nationen plädiert, so lassen sich auch hier interessante Parallelen zur Unabhängigen Arbeitsgruppe ziehen. Wohl als Reaktion auf den anti-etatistischen Reflex in den USA heißt es da etwa bei der Kommission für Weltordnungspolitik gleich im Vorwort der beiden Ko-Vorsitzenden Carlsson und Ramphal beschwichtigend, der Bericht stelle

›klar, daß Weltordnungspolitik bzw. Global Governance keine Weltregierung bedeutet. Hier darf es keine Mißverständnisse aufgrund der Ähnlichkeit der Begriffe geben. Wir schlagen keine Maßnahmen zur Schaffung einer Weltregierung vor.«²⁷

Besonders eingehend setzt sich schließlich das ›South Centre‹ mit den besonders in den Vereinigten Staaten gehegten Vorurteilen gegenüber den UN und deren politischer Instrumentalisierung auseinander – und greift dabei zum Teil auf die gleichen Beispiele zurück wie die Unabhängige Arbeitsgruppe. Auch das ›South Centre‹ betont, daß eine Korrektur des verzerrten Bildes des Vereinten Nationen Voraussetzung für jede ernsthafte Reformdebatte sei:

›Wenn glaubwürdige und ernsthafte Reformvorschläge gemacht werden sollen ... und eine vernünftige, sachliche Reformdebatte stattfinden soll, dann muß man die Vereinten Nationen ins richtige Licht setzen und ihre Arbeit und ihre Probleme auf eine objektivere Weise betrachten.«²⁸

Und dieses objektive Licht gilt es vor allem auf die UN-politische Debatte in den USA zu lenken, darin sind sich die Unabhängige Arbeitsgruppe und das stärker die Perspektive der Entwicklungsländer vertretende ›South Centre‹ vollkommen einig.

»Blaupause für das 21. Jahrhundert«

Ein Vergleich der verschiedenen Studien ergibt, daß in der Diskussion um eine Reform der Vereinten Nationen jenseits der politischen Interessen der Mitgliedstaaten ein recht hohes Maß an Übereinstimmung besteht. Blickt man über die verwirrende Vielzahl von Einzelempfehlungen hinweg, wird klar, daß weniger der kreative Detailvorschlag als vielmehr die stringente Argumentation für eine Stärkung der Vereinten Nationen politische Wirkungskraft entfalten muß. Eine solche Argumentation kann jeweils nur dann überzeugen, wenn sie an den politischen Vorstellungen ihres jeweiligen Zielpublikums anknüpft. Ausgehend von der grundlegenden Annahme, daß jede Reform der Vereinten Nationen der Unterstützung auch und vor allem durch die USA bedarf, hat die Unabhängige Arbeitsgruppe mit Blick auf die dortige politische Landschaft eine derartige Argumentation zu entwickeln versucht – mit der gleichen Grundüberzeugung, aber doch vielleicht etwas verbindlicher als etwa das ›South Centre‹.

Auch wenn die Reformvorschläge umsichtig auf die politischen Entwicklungen in wichtigen UN-Mitgliedstaaten einzugehen vermögen, können sie eines nicht leisten: den politischen Willen zu Reformen zu ersetzen. Und vielleicht ist dieser politische Wille in den Vereinigten Staaten doch leichter zu mobilisieren als etwa in Deutschland. Die amerikanische UN-Botschafterin Madeleine Albright jedenfalls ließ erkennen, daß die USA durchaus an Reformen interessiert sind. Der nicht zuletzt auf US-Initiative eingerichteten, allen UN-Mitgliedern offenstehenden Arbeitsgruppe der Generalversammlung zur Stärkung des Systems der Vereinten Nationen präsentierte sie im Februar ein Papier, das sich scharf von der Tabula-rasa-Politik des amerikanischen Kongresses abhebt.²⁹ Zwar sind die darin enthaltenen Vorschläge in ihrer Dimension weit entfernt von den Empfehlungen etwa der Unabhängigen Arbeitsgruppe, immerhin aber haben die USA damit ihre grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, »eine Blaupause für die Vereinten Nationen für das 21. Jahrhundert (zu) entwickeln.«³⁰

Totgesagte leben länger

Nach UNCTAD IX: eine gestraffte Organisation mit Zukunft

KONRAD MELCHERS

Vor der neunten Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD IX)¹ kursierte im Genfer Völkerbundpalast ein sarkastischer Spruch: Die seit Jahresbeginn 1995 bestehende Welthandelsorganisation (WTO)² marginalisiert zwei Milliarden Menschen – plus die 120 ›Professionellen‹ der UNCTAD. Nach UNCTAD IX hieß es erleichtert: Die 120 Stellen sind gerettet. »Wir sind wiedergeboren«, meinte gar der Generalsekretär der UNCTAD, Rubens Ricupero. Auch Konferenzpräsident Alec Erwin, Industrie- und Handelsminister des Gastgeberlandes Südafrika, bezeichnete das zweiwöchige Treffen von rund 2 500 Vertretern der Regierungen der 188 Mitgliedsländer,³ internationalen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und einigen Dutzend Presseleuten vom 27. April bis zum 11. Mai 1996 in Midrand als »sehr erfolgreich«.

Ungeliebt in die Krise

Angesichts der Vorgeschichte der Tagung war für die UNCTAD das bloße Überleben tatsächlich schon ein Erfolg. Denn über ihr hatten

sich 1995 dunkle Wolken zusammengezogen. Dieses zwischenstaatliche Verhandlungsforum war den großen westlichen Industriestaaten immer ein Dorn im Auge gewesen, sahen doch viele Entwicklungsländer in ihm den Haupthebel, mit dem sie nach der politischen Entkolonisierung die wirtschaftliche Befreiung erreichen wollten. Die Industrieländer lehnten die meisten im Rahmen der UNCTAD verhandelten Vorschläge ab, die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zugunsten der rohstoffabhängigen Entwicklungsländer zu reformieren. Zugeständnisse wurden nur gemacht, um zu verhindern, daß sich die Entwicklungsländer nach dem Vorbild der OPEC selbständig organisieren oder dem östlichen Wirtschaftsblock RGW anschließen würden.

Als größter Erfolg der UNCTAD ragt das Allgemeine (Zoll-)Präferenzsystem heraus, das den Entwicklungsländern die Meistbegünstigung (eines Teils) ihrer Exporte in die Industrieländer gewährt, ohne daß sie den Industrieländern die gleichen Bedingungen für deren Exporte zubilligen müssen (sogenannte Nichtreziprozität). Das wichtigste Reformprojekt der UNCTAD, der Gemeinsame Fonds für Rohstoffe, wurde zwar Mitte 1989 in Kraft gesetzt, gleichzeitig sorg-

ten die Industrieländer aber dafür, daß das »Integrierte Rohstoffprogramm« als notwendige Voraussetzung für das Funktionieren des Fonds nicht zustande kam und alle schon bestehenden Rohstoffabkommen mit Marktausgleichslagern, deren Finanzierung der Fonds gewährleisten sollte, abgeschafft wurden.

Mit der Verschuldungskrise und dem Absturz der Rohstoffpreise in den achtziger Jahren sowie der Implosion des Ostblocks Anfang der neunziger Jahre zerrann auch die Verhandlungsmacht des Südens (Gruppe der 77, kurz: G-77). So konnten die westlichen Industrieländer in der »Uruguay-Runde« der multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT)⁴ ihre Alternative zum G-77-Projekt der »neuen internationalen Wirtschaftsordnung« durchsetzen: die Weiterentwicklung des GATT zur WTO. Neben der weiteren Liberalisierung des Güterhandels wurden neue Bereiche wie Dienstleistungen (Gats), geistiges Eigentum respektive Technologietransfer (Trip) und Investitionen (Trim) in die vertraglich abgesicherte Handelsliberalisierung einbezogen. Durch das WTO-Vertragswerk wird das Allgemeine Zollpräferenzsystem für die Entwicklungsländer wieder abgebaut.

Auf der Ebene der nationalen Wirtschaftspolitik wurde seit Beginn der achtziger Jahre durch Strukturanpassungsprogramme von IMF und Weltbank die allgemeine Wirtschaftsliberalisierung vorangetrieben: die weitere Öffnung der Entwicklungsländer für den internationalen Wettbewerb und damit ihre verstärkte Weltmarktintegration in der Arena und zu den Wettbewerbsbedingungen der Industrieländer und ihrer transnationalen Unternehmen.

Auf der UNCTAD VIII 1992 im kolumbianischen Cartagena⁵ drehen die Industrieländer den Spieß um und setzten statt der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen das Thema der »guten Regierungsführung« (good governance) auf die Tagesordnung, also die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen in den einzelnen Entwicklungsländern. Die Dritte Welt sollte von ihrem »Konfrontationskurs« in Sachen Weltwirtschaftsordnung Abschied nehmen und eine »neue Entwicklungspartnerschaft« eingehen; dazu wurde in der »Verpflichtung von Cartagena« auch das Mandat der UNCTAD erweitert.⁶

Konsens über Demokratisierung und gute Regierungsweise herzustellen, war nicht schwer, hatten doch starke Demokratiebewegungen im Süden die meisten Einpartei-Diktaturen und Militärregime der siebziger und achtziger Jahre abgelöst. Dennoch blieb die »Verpflichtung von Cartagena« deklamatorisch. Denn die Industrieländer lehnten einen kritischen Diskurs über weltwirtschaftliche »good governance« ab. Anstelle der angekündigten »Friedensdividende« reduzierten sie ihre Entwicklungsleistungen und machten nur unzureichende Zugeständnisse zur Verringerung der erdrückenden Schuldenlast. Zu einer kritischen Reflexion der nationalen Strukturanpassungsprogramme waren sie im Rahmen der UNCTAD ebenfalls nicht bereit – dafür seien schließlich IMF und Weltbank zuständig. Seit der Gründung der inzwischen nahezu universellen WTO sehen sie auch keinen Bedarf mehr für eine Betätigung der UNCTAD im Themenfeld Welthandel und Entwicklung.

Für diese Linie lieferte die »Kommission für Weltordnungspolitik« (Commission on Global Governance) unter dem gemeinsamen Vorsitz des ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson und des früheren Generalsekretärs des Commonwealth, des Guyaners Shridath Ramphal, wichtige Schützenhilfe. Ihr Ende 1994 fertiggestellter Bericht⁷ empfiehlt die Auflösung der UNCTAD, der UNIDO und des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) zugunsten eines »Rates für wirtschaftliche Sicherheit«. Mit dem erfolgreichen Abschluß der Uruguay-Runde gebe es weniger Bedarf für Konsensfindungsprozesse im Vorfeld von Verhandlungen, wird argumentiert. Verhandlungen über Handel, einschließlich Vorverhandlungen, fielen unter das Mandat der WTO, die anderen Entwicklungsthemen unter das von IMF und Weltbank. Überholt

habe sich auch die Aufgabe der UNCTAD, die Verhandlungsfähigkeit der Entwicklungsländer als Gruppe zu stärken, da sich die G-77 inzwischen ausdifferenziert hätte und die Verhandlungen nicht mehr im Gruppenverfahren geführt würden. Selbst der niederländische Entwicklungsminister Jan Pronk, in den achtziger Jahren stellvertretender Generalsekretär der UNCTAD, sprach sich für die Empfehlungen des Berichts aus.

Auf der Gipfelkonferenz der sieben führenden Industriestaaten (G-7) im kanadischen Halifax 1995 und im Vorfeld der 50. Ordentlichen Tagung der UN-Generalversammlung warb der US-Außenminister mit einem Memorandum für die Auflösung von UNCTAD und UNIDO und die Zusammenfassung der Entwicklungsorganisationen des UN-Systems in zwei Einrichtungen, die bezeichnenderweise für »Nothilfe« (relief) respektive die Technische Hilfe zuständig sein sollten⁸ – abseits der für wichtig erachteten Institutionen auf dem Gebiet der Wirtschaft, nämlich IMF, Weltbankgruppe und WTO. Ein weiteres Indiz für die angestrebte Demontage der UNCTAD war das unter demütigenden Umständen erfolgte Ausscheiden ihres Generalsekretärs Kenneth Dadzie, der bald darauf verstarb und für den zuerst nur kommissarisch tätige Nachfolger eingesetzt wurden.

Überlebenskampf eines UN-Organs

Kenner glauben, daß die UNCTAD dieser Kampagne ihr Überleben zu verdanken hat. Denn die müde gewordene G-77 wurde wachgerüttelt. Ihr wurde schlagartig deutlich, daß eine »Reform« der UN nach den Wünschen der G-7 die vollständige wirtschaftspolitische Entmachtung der Vereinten Nationen zugunsten der Bretton-Woods-Institutionen und der WTO bedeuten würde. Die Tatsache, daß die UNCTAD keine UN-Sonderorganisation ist, wie es die Entwicklungsländer ursprünglich gefordert hatten, sondern ein Spezialorgan der Generalversammlung, wirkte sich nunmehr günstig aus. Denn anders als etwa aus der UNIDO – dort vollzogen die USA schließlich diesen Schritt – kann aus der UNCTAD allein ein Land nicht austreten; es könnte nur die Vereinten Nationen insgesamt verlassen. Das Budget der UNCTAD ist Bestandteil des UN-Haushalts. Die G-77 und die Bewegung der Blockfreien unterstrichen ihr Festhalten an der UNCTAD mit einem im November 1995 veröffentlichten gemeinsamen Positionspapier.⁹ Die Berufung des Brasilianers Rubens Ricupero zum neuen UNCTAD-Generalsekretär im Herbst 1995 signalisierte Kompromißbereitschaft der Industrieländer. Ricupero war als einer der Verhandlungsführer der Entwicklungsländer bei der Uruguay-Runde an deren erfolgreichem Abschluß und der Gründung der WTO maßgeblich beteiligt gewesen.

Auch das Sekretariat der UNCTAD war rührig und entwickelte eine Überlebensstrategie. Beeindruckend sind besonders die unter dem Stichwort »Förderung der Handelseffizienz« entwickelten innovativen Projekte der computergestützten Handelsförderung und die Aktivitäten der Technischen Hilfe, die das Sekretariat auf dieser Grundlage entfaltet hat. Mit dem revolutionären »Globalen Netzwerk von Handlungspunkten« (GTPNet), das von dem UN-Symposium zur Handelseffizienz (United Nations International Symposium on Trade Efficiency, UNISTE) im Oktober 1994 in Columbus/Ohio ins Leben gerufen wurde und an dem schon über 140 Länder mit demnächst über 170 Handlungspunkten teilnehmen, könnte die UNCTAD eine wirklich neue Weltwirtschaftsordnung auf den Weg bringen. Denn die über die Handlungspunkte elektronisch vermittelten und abgewickelten Handelsgeschäfte (einschließlich der Vertragsabschlüsse über Lieferkredite und Versicherungen sowie mit Transportunternehmen bis hin zur elektronischen Entzollung) können zur Folge haben, daß kleine und mittlere Unternehmen, denen bisher die Logistik für eine Teilnahme am Welthandel fehlte, gegenüber den transnationalen Unternehmen sogar Kosten- und damit Konkurrenzvorteile bekommen. Der Konzentrationsprozeß in der Hand einiger weniger

Großkonzerne könnte sich zugunsten kleinerer Unternehmen umkehren. Dies würde sich auch positiv zugunsten der bisher im Weltmarkt zunehmend marginalisierten Entwicklungsländer und wirtschaftlich schwachen Regionen in den Schwellenländern auswirken.

Um gegenüber argwöhnischen Delegationen den Sparwillen des UNCTAD-Sekretariats zu demonstrieren, kündigte Ricupero schließlich noch kurz vor Konferenzbeginn eine Straffung des Sekretariats an, darunter die Verringerung der Zahl der Abteilungen der UNCTAD von neun auf vier. Klug gewählt war aber vor allem das wirtschaftspolitische Hauptthema der UNCTAD IX: »Förderung von Wachstum und nachhaltiger Entwicklung in einer sich globalisierenden und liberalisierenden Weltwirtschaft«. Damit griff die UNCTAD nicht nur das zentrale wirtschaftspolitische Thema seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes auf, sie demonstrierte auch ihre Existenzberechtigung gegenüber den Bretton-Woods-Einrichtungen und der WTO, für die in ihrem Tagesgeschäft und auf Grund ihres jeweils beschränkten Mandats die Gesamtübersicht in weite Ferne gerückt ist und die deshalb nicht in der Lage waren und sind, über ein solches Thema eine gründliche Debatte zwischen allen Regierungen und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu führen. Als Hauptverantwortliche für globale Wirtschaftspolitik stehen sie darüber hinaus unter einem ständigen ideologischen Rechtfertigungszwang, der zur Beschönigung von Ist-Zuständen und Prognosen verleitet.

Loblied auf Globalisierung durch Liberalisierung

Der politische Druck ist allerdings auch am UNCTAD-Sekretariat nicht spurlos vorbeigegangen. Der am 2. Januar 1996 veröffentlichte Bericht des UNCTAD-Generalsekretärs an die Konferenz¹⁰ ist mehr darauf bedacht, eine Balance zwischen den Erwartungen von G-7 und G-77 herzustellen, als eine prägnante Analyse vorzulegen und problemgerechte Lösungsvorschläge zu entwickeln.

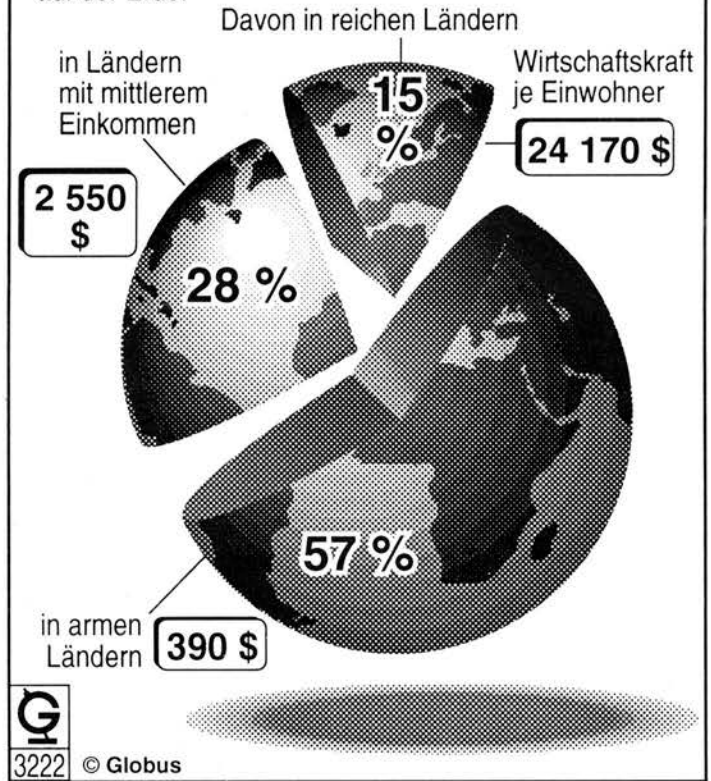
Zuerst wird im Sinne der Erwartungen vor allem der G-7 ein euphorisch geratener Überblick über die weltweiten Maßnahmen zur Wirtschaftsliberalisierung gegeben. »In der vergangenen Dekade war die Liberalisierung das Markenzeichen der Wirtschaftspolitik in der ganzen Welt«, wird festgestellt. Praktisch alle Regierungen hätten deutliche Schritte unternommen, die Rolle der privaten Unternehmen auszuweiten, deren »ungehindertes Agieren« allgemein als »unentbehrlich für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik« angesehen werde. Als »Schlüssel von Liberalisierungsstrategien« seien ausländische Direktinvestitionen anerkannt. Dementsprechend zielten von 373 zwischen 1991 und 1994 beschlossenen staatlichen Maßnahmen 368 auf eine Liberalisierung des Regimes der ausländischen Investitionen ab. Der sprunghafte Anstieg von ausländischen »Portfolio-Investitionen« in Entwicklungsländern sei von Maßnahmen begleitet, die noch über die Verpflichtungen aus Artikel VIII des IMF-Abkommens hinausgingen (freier Transfer von Zins- und anderen Nettokapitalerträgen). So hätten Ende 1993 von einer Auswahl von 33 Entwicklungs- und Transformationsländern nur noch sieben Beschränkungen der Kapitalrepatriierung beibehalten.

Noch überschwenglicher skizziert der Bericht die Globalisierung. Die allgemeine Wirtschaftsliberalisierung habe dazu geführt, daß Produzenten und Investoren sich zunehmend so verhielten, als ob die Weltwirtschaft nur noch ein einziger Markt und ein Produktionsgebiet sei mit regionalen und nationalen Subsektoren – an Stelle nationaler Ökonomien, die durch Handel und Investitionsflüsse miteinander verbunden sind. In diesem Sinn beschreibt der Bericht die wirtschaftliche Süd-Süd-Kooperation (ECDC) nicht mehr als Mittel eigenständiger Entwicklung, sondern als Instrument der Globalisierung.

Neben der Liberalisierung als Hauptfaktor der Globalisierung benennt der Bericht besonders die Bedeutung der Telekommunikation.

Die ungleiche Welt

Im Jahr 1994 lebten rund 5,6 Milliarden Menschen auf der Erde.



Über die Hälfte der Menschheit lebt in bitterer Armut. Nach Berechnungen der Weltbank lebten im Jahre 1994 rund 3,2 Milliarden Menschen (57 vH der Weltbevölkerung) in Ländern, in denen die Wirtschaftsleistung pro Kopf nur durchschnittlich 390 US-Dollar erreichte – kaum mehr als ein Dollar pro Tag. Während die armen Länder nur über knapp ein Zwanzigstel der Welt-Wirtschaftsleistung verfügen, kommt das reiche Sechstel auf fast vier Fünftel.

Der drastische Rückgang der Kommunikations- und Transportkosten und die damit verbundene Möglichkeit, Produktionsprozesse zu zerteilen und über die ganze Welt zu zerstreuen, habe den Handel sprunghaft ausgeweitet, vorher nicht-handelbare Güter zu handelbaren gemacht und »gewaltige Möglichkeiten für internationale Finanzflüsse« geschaffen. Nicht nur asiatische Länder ohne Verschuldungskrise konnten davon profitieren, sondern auch wieder lateinamerikanische Großschuldner, die ihre Wirtschaftspolitik änderten. Der Anteil der Auslandsinvestitionen an der Kapitalbildung in den Entwicklungsländern sei zwischen 1985 und 1992 von 2 auf 7 vH gestiegen – in größerem Maße als in den Industrieländern. Warnungen vor der zügellosen Ausweitung spekulativer internationaler Finanzströme, die der »Handels- und Entwicklungsbericht« (Trade and Development Report, TDR) der UNCTAD in den letzten Jahren anzeigte und dabei beispielsweise auch die zweite Mexiko-Krise voraussagte, können in dem Dokument höchstens noch zwischen den Zeilen gelesen werden, wenn zum Beispiel vom »Vagabundieren des Kapitals« berichtet wird.

Auf dieser Linie werden auch die Aufgaben des Staates bestimmt. Er müsse in erster Linie Bedingungen schaffen, die die Privatwirtschaft begünstigen. Entschieden zu bekämpfen sei eine staatliche Politik, die eine »Renten-Mentalität« kultiviere. Die erfolgreichen ostasiatischen Länder hätten vorgeführt, daß Regierungen Unternehmen fördern könnten, die mit der internationalen Konkurrenz mithalten vermögen.

Als weitere vorrangige Aufgabe des Staates wird die Intervention zu-

gunsten des Umweltschutzes genannt. Erst danach folgt die staatliche Aufgabe, unerwünschte soziale Folgen der Liberalisierung und Globalisierung – die Verarmung von Millionen Menschen – abzufedern. Dabei wird dann kritisch festgestellt, daß die Kürzungen der staatlichen Sozialausgaben seit Anfang der achtziger Jahre sowohl in den Industrie- als auch besonders in den Entwicklungsländern das heutige Niveau der Sozialleistungen unter das der siebziger Jahre gedrückt habe. In deutlicher Distanz zum Hauptthema der UNCTAD VIII erörtert der Bericht nicht ›good governance‹ im Sinne von Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit.

Im Hinblick auf die Auswirkungen der Uruguay-Runde werden zuerst zahlreiche Möglichkeiten für die Entwicklungsländer aufgezählt, ihre Handelsposition zu verbessern. So werde der zollfreie Zugang zu den großen Industrieländern von 20 auf 43 vH wachsen und der durchschnittliche Zoll auf verarbeitete Produkte der Entwicklungsländer um 30 vH fallen. Freiwillige Exportbeschränkungen der Entwicklungsländer seien untersagt. Die Übereinkunft zu Textil und Bekleidung werde das für die Entwicklungsländer ungünstige Multifaserabkommen schrittweise beenden. Das Regelsystem im Agrarhandel mache aus nicht-tarifären Barrieren tarifäre (›Tarifizierung‹), für die eine Zollminderung um 36 vH vorgesehen sei. Das heftig umstrittene Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Gats) werde den Entwicklungsländern viele Vorteile bei der Internationalisierung von Dienstleistungen bringen (zum Beispiel Zugang zu neuen Managementtechniken).

Mängel und globale Risiken

Das UNCTAD-Sekretariat kommt allerdings nicht umhin, dieses gefällige Bild ein wenig zu trüben. Immer noch gebe es die Liste der unverändert zu verzollenden »empfindlichen Güter« mit vielen für die Entwicklungsländer exportträchtigen Waren (darunter Lederprodukte, Schuhe, Gummi und Reisgüter). Die EU senke ihre hohen Textilzölle nur um 20 vH gegenüber einer durchschnittlichen Zollsenkung von 40 vH. Auch die ›Zolleskalation‹ entsprechend dem Umfang der Weiterverarbeitung von Rohstoffen bleibe für viele Produkte praktisch unverändert. Die ›Tarifizierung‹ bei Agrarprodukten habe zu sehr hohen Ausgangszöllen geführt und damit zu noch höheren Handelshürden für die landwirtschaftlichen Exporteure des Südens als die nicht-tarifären Hemmnisse zuvor; ›Ausnahmeregelungen‹ für Importquoten blieben zugelassen.

Weiter wird kritisch vermerkt, daß der technische Fortschritt bei Transport und Kommunikation den Konzentrationsprozeß zugunsten einiger weniger transnationaler Transportunternehmen beschleunigt habe. Allerdings seien die Kosten der Kommunikation so niedrig geworden, daß Unternehmen der Entwicklungsländer große Entwicklungssprünge machen könnten.

Der insgesamt günstigen Beurteilung der Ergebnisse der Uruguay-Runde und der positiven Tendenzen der Globalisierung durch Liberalisierung und technischen Fortschritt folgt ein Abschnitt, der mehr den kritischen Erwartungen der G-77 und zahlreicher NGOs entspricht. Drei ›Herausforderungen‹ werden benannt: der Verlust autonomer Politik, Finanzrisiken und das Problem der Marginalisierung.

- Auf Grund des Verlusts der Möglichkeit zu autonomer nationaler Wirtschaftspolitik sei es heute nicht mehr möglich, dem Entwicklungsweg der ostasiatischen ›Tigerstaaten‹ zu folgen, die ihre Exporterfolge durch staatliche Hilfen erreichten und eine Strategie der selektiven Weltmarktintegration verfolgten (im Gegensatz zur pauschalen Liberalisierung durch die Strukturanpassungsprogramme von IMF und Weltbank). Zinsen könnten nicht mehr unabhängig vom internationalen Zinsniveau festgelegt werden, ohne größere Kapitalbewegungen in Gang zu setzen. Eine keynesianische Konjunktur- und Beschäftigungspolitik (Ankurbelung der Nachfrage durch staatliche Geldschöpfung) führe schnell zu Leistungsbilanzdefiziten. Währungsabwertungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Abflusses von Kaufkraft ins Ausland folge die Inflation auf dem Fuß. Antinflationäre Politik wiederum erhöhe die Arbeitslosigkeit.
- Die Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte habe nicht nur große

Kapitalbewegungen zugunsten einiger Entwicklungsländer ermöglicht, sondern auch das Problem der ›Unbeständigkeit‹ (volatility) als Folge abrupten Änderungen der Erwartungen ausländischer Investoren gebracht. Darüber hinaus müsse aus der Mexiko-Krise die Konsequenz gezogen werden, einen internationalen Kreditgeber für Notfälle (lender of last resort) zu schaffen, wovon der IMF noch weit entfernt sei. Auf die ›Tobin-Steuer‹, mit der die Bewegungen des internationalen Spekulationskapitals eingeschränkt werden könnten, wird nicht eingegangen.

- Das Problem, durch die Globalisierung marginalisiert zu werden, trifft, so der Bericht, vor allem die ärmsten Länder (LDC). Bei ihnen hätten ›Angebotsschwächen‹ (darunter geringe technologische Kapazitäten, Mangel an Know-how und Ausbildung, schlechte Infrastruktur und finanzielle Engpässe vor allem bei den Kleinproduzenten) durch die Globalisierung zugenommen und eine neue Dimension erreicht. Ihre Rohstoffabhängigkeit und Überschußproduktion nehme zu. Für ausländische Investitionen seien sie nicht interessant. Verschärfend komme die ›Entwicklungshilfemüdigkeit‹ der ›Geber‹ hinzu. Das Ziel, 0,15 vH des Sozialprodukts der Industrieländer den LDC zur Verfügung zu stellen, rücke in immer weitere Ferne; gleichzeitig wachse die Schuldenlast.

Auf eine vierte Herausforderung durch die Globalisierung und Liberalisierung geht der Bericht nicht ein: die explosionsartige Ausweitung des Handels. Für die UNCTAD stellt die Tatsache, daß sich der Welthandel in den letzten 25 Jahren fast alle zehn Jahre verdoppelt hat (die Weltbevölkerung braucht dazu derzeit 50 Jahre), offensichtlich kein Problem, sondern einen Erfolg dar. Der Anteil des Welthandels am Weltsozialprodukt ist von 10 vH vor 25 Jahren auf 25 vH gewachsen – eine Entwicklung, die von zunehmenden Verkehrsinfarkten, Müllbergen, Mülltourismus und Tankerkatastrophen begleitet wird. Beschönigend heißt es sogar, der »Prozeß der Globalisierung« werde »zu einer schnelleren Verbreitung relevanter Umweltschutztechnologien führen.« Eine Arbeitsgruppe habe auch ermittelt, daß die ›Umweltkonkurrenz‹ – also die Auslagerung von umweltschädlichen Produktionen in Länder mit geringeren Umweltstandards – kein relevantes Problem sei. Ungünstig wirkten sich dagegen die Umweltstandards der Industrieländer auf die Exportchancen der Entwicklungsländer aus.

Im Anschluß an den analytischen Teil entwickelt der Bericht eine lange Liste von Empfehlungen. Dabei wird allerdings die Wirksamkeit der empfohlenen Maßnahmen zur Lösung der im analytischen Teil angezeigten Probleme nicht erörtert. Dementsprechend bleibt die Priorität der Maßnahmen unklar. Zuerst wird hauptsächlich an die Industrieländer appelliert, ihre Liberalisierungsverpflichtungen aus der Uruguay-Runde des GATT einzuhalten und für die Länder, bei denen hohe Anpassungskosten an die Liberalisierung und Globalisierung entstehen, für Erleichterungen zu sorgen. Eine Forderung in diesem Zusammenhang ist, die Grenzen für Arbeitsmigranten wieder stärker zu öffnen.

Ein herausragendes Thema ist unverändert die Rohstoffabhängigkeit vor allem der LDC. Zwischen 1979/81 und 1991/93 sind die realen Rohstoffpreise durchschnittlich um 5,2 vH pro Jahr gefallen, insgesamt also um über zwei Drittel. Als Ursache benennt die UNCTAD in erster Linie das Überangebot der Produzenten, das nicht zuletzt durch die Schuldenlast bewirkt wurde, denn die Strukturanpassungsprogramme verlangten, die Schulden aus Exporten zu begleichen. Im Zuge dieser Programme wurden auch die dirigistischen Vermarktungsbehörden und Stabilisierungsfonds aufgelöst, die trotz aller Mängel den Produzenten oft ein gewisses Maß an Sicherheit gaben und damit den Zwang zu Notverkäufen verringerten. Auf den alten Traum der Entwicklungsländer vom Integrierten Rohstoffprogramm geht der Bericht nicht mehr ein. Statt dessen wird das 1993 neu vereinbarte Kakao-Abkommen als Vorbild herausgestellt, das durch den Austausch von Informationen und freiwillige Zusammenarbeit der Produzenten eine Festigung des Marktes erzielt habe. Anstelle des alten »dirigistischen« Konzepts der Marktausgleichslager (buffer stocks) empfiehlt die UNCTAD jetzt ein neues, »marktgerechtes« Instrument in der Form von künstlichen »Lagerhausquittungen« (warehouse receipts), die – dem Modell der Termingeschäfte

(futures) folgend – als handelbare Wertpapiere zur Erlösstabilisierung (hedging) verwendet werden sollen. Ein ganzes Kapitel widmet der Bericht der Förderung von kleineren und mittleren Unternehmen, das allerdings über Allgemeinplätze kaum hinauskommt. Kritisch festgestellt wird, daß sich die Strukturanpassungsprogramme entgegen ihren erklärten Zielen negativ vor allem auf diese Unternehmen ausgewirkt hätten.

Vor der Konferenz

Auf Ministerebene trafen sich vor der Konferenz nur die Regionalgruppen der G-77. Die lateinamerikanischen Staaten verabschiedeten am 23. Januar 1996 eine ›Erklärung von Caracas‹, die asiatischen Länder der G-77 am 24. Januar ihre ›Schlußdokumente von Amman‹ und die afrikanischen Länder am 16. Februar eine ›Erklärung von Addis Abeba‹. Alle drei Deklarationen bekräftigen ein weitreichendes Mandat der UNCTAD im Sinne der Gründungsresolution von 1964: die ständige Analyse der Entwicklung, der Trends und neuen Realitäten der Weltwirtschaft mit einem integrierten Ansatz, der die internatio-

nale Zusammenarbeit zugunsten der Entwicklung fördert; Beratungen, Konsensbildung und Verhandlungen zwischen Regierungen; Technische Zusammenarbeit. Bei den Problemanalysen enthalten die Dokumente deutliche Unterschiede. Die lateinamerikanischen Regierungen beurteilen die Globalisierung und Liberalisierung positiv, und zwar einschließlich der Strukturanpassungsprogramme. Neuralgische Punkte sind für sie besonders die Schuldenfrage und die Situation der LDC. Die ›Dokumente von Amman‹ betonen die Risiken von Globalisierung und Liberalisierung, insbesondere die Marginalisierung der LDC, den wachsenden Protektionismus der Industrieländer und die unzureichenden Schuldenerleichterungen. Sie fordern unter anderem größere Bewegungsfreiheit für Arbeitsmigranten und Kompensationszahlungen für die Verlierer der Uruguay-Runde. Die afrikanischen Regierungen entwickeln ihre Positionen aus der besonders schwierigen Lage des Kontinents. Sie fordern vor allem mehr Schuldenerleichterung, auch bei den multilateralen Schulden, Kompensationen für die Erosion von Handelspräferenzen, die Einrichtung eines Diversifizierungsfonds für afrikanische Rohstoffe, die Einhaltung

Bei einem Arbeitsbesuch in Bonn im November 1991 erfuhr der damalige Stellvertretende Ministerpräsident Ägyptens, Boutros Boutros-Ghali, von seiner Nominierung zum sechsten Generalsekretär der Vereinten Nationen (vgl. VN 6/1991 S. 192); zum Zeitpunkt seines Aufenthalts in Bonn im Juni 1996 wurde seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit bekannt. Höhepunkt seines fünften Deutschland-Besuchs als UN-Generalsekretär vom 19. bis 22. Juni war am 20. Juni die Übergabe des im Süden Bonns gelegenen ›Hauses Carstanjen‹ an die Vereinten Nationen; es dient als Sitz des Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen (UNV), des Sekretariats der Klimarahmenkonvention und des Informationszentrums Bonn der Vereinten Nationen (UNIC). Bei der Flaggenhissung durch einen UN-Bediensteten zugegen waren (v.l.n.r.) Bundesumweltministerin Angela Merkel, der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Carl-Dieter Spranger, UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali und Bundesaußenminister Klaus Kinkel.



von Zahlungsverpflichtungen beim ›Gemeinsamen Fonds‹ und die Liberalisierung der Personenmigration.

Die Europäische Union ging mit großer Unlust an die Vorbereitung der UNCTAD IX. Sie war in die Lager von Falken (mit Großbritannien an der Spitze) und von kompromißbereiten Tauben – vor allem Frankreich und die skandinavischen Staaten – gespalten. Da im analytischen Teil die Vorbereitungsdokumente des UNCTAD-Sekretariats den Positionen der Industrieländer vergleichsweise nahe kamen, konzentrierten diese sich vor allem auf das zukünftige Mandat und die Arbeitsschwerpunkte beziehungsweise die Kapazität des UNCTAD-Sekretariats. Die Bundesregierung vertrat die Extremposition, die UNCTAD solle darauf beschränkt werden, den LDC zu helfen, die Möglichkeiten des WTO-Regelwerks besser zu nutzen. Die Verhandlungstaktik besonders der USA war, den Entwurf des Abschlußdokuments mit vielen Alternativformulierungen zu versehen, damit bei den Verhandlungen in Midrand ein möglichst großer Spielraum zur Durchsetzung ihrer Ziele bestand.

Auch bei den NGOs ist das Interesse an der UNCTAD stark zurückgegangen. Eine Erklärung deutscher NGOs, die ohne nennenswerte Konsultation kurz vor Beginn der Konferenz veröffentlicht wurde,¹¹ blieb sogar ein singuläres Ereignis. In Midrand versammelten sich noch vor offiziellem Konferenzbeginn Vertreterinnen und Vertreter von 80 NGOs hauptsächlich aus Afrika. Besorgt zeigten sie sich insbesondere über den Plan der Industrieländer, die wirtschaftspolitische Autonomie der Entwicklungsländer durch ein ›Multilaterales Investitionsabkommen‹ zu brechen, das ausländische Investitionen gegenüber inländischen mindestens gleichstellt. Sie plädierten dafür, daß solche wichtigen Themen in der UNCTAD beraten werden, bevor sie in den WTO-Verhandlungsmechanismus eingebracht werden.¹²

Welturaufführung in Midrand

Um dem Desinteresse der Medien an UNCTAD IX und besonders am Verhandlungsprozeß entgegenzuwirken, gab sich die Konferenzregie große Mühe, die Tagung medienwirksam auszugestalten. Bei der Eröffnungsveranstaltung wurde das Marginalisierungsproblem herausgestellt: »die zwei Milliarden ausgeschlossener Menschen« als »Hauptherausforderung am Vorabend des neuen Jahrtausends«.

Das UNCTAD-Sekretariat sorgte dabei für eine bemerkenswerte Welturaufführung: Zum ersten Mal bei einer UN-Konferenz übernahm ein privater globaler Fernsehsender, CNN, die Regie und brachte es fertig, daß unter der herausfordernden Moderation der CNN-Journalistin Kitty Pilgrim fünf Staatsoberhäupter keine langweiligen Manuskripte verlasen, sondern frei und lebendig redeten. Überaus sachkundig zeigten sich dabei der schweizerische Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz – der einzige Vertreter eines Industrielandes – und der tansanische Präsident Benjamin Mkapa, der mit seiner Kritik an den Strukturanpassungsprogrammen besonders von den NGOs starken Beifall erhielt. Allerdings war es selbst CNN nicht gelungen, den Regierungschef eines G-7-Landes zum Mitdiskutieren zu gewinnen, so daß die Veranstaltung nur von CNN und in kleinen Ausschnitten vom südafrikanischen Fernsehen übertragen wurde.

Das Abschlußdokument¹³ wurde dann in drei Gremien der Konferenz verhandelt. Besondere Mühe hatten erwartungsgemäß die Arbeitsgruppen, die sich mit dem zukünftigen Mandat des Spezialorgans und mit der Struktur, der Arbeitsweise und den Arbeitsschwerpunkten befaßten.

Der ausgehandelte Kompromiß lautet: Die UNCTAD soll »fortfahren, die Integration der Entwicklungsländer und der Transformationsländer in das internationale Handelssystem auf komplementäre Weise zur WTO zu erleichtern. ... Die Arbeit der UNCTAD soll sich den besonderen Bedürfnissen der Entwicklungsländer, vor allem der LDC, zuwenden und sich auf Entwicklungsfragen konzentrieren.« (Ziffer 83)

»Die UNCTAD soll weiterhin ein Diskussionsforum bieten, das sich mit Entwicklungsstrategien und -politiken in einer globalisierten Weltwirtschaft befaßt. ... In seiner analytischen und beratenden Arbeit soll sich die UNCTAD auf (einige prioritäre Themen in folgenden Gebieten) konzentrieren: Globalisierung und Entwicklung; internationaler Handel mit Gütern und Diensten sowie Rohstofffragen; Investitionen, Unternehmensentwicklung und Technologie; Dienstleistungsstrukturen für Entwicklung und Handelseffizienz.« (Ziff. 85)

Zwar sind die Formulierungen sowohl im Sinne der G-7 als auch der G-77 interpretierbar und die detaillierte Liste der Arbeitsgebiete (Ziffern 86-99) läßt dem UNCTAD-Sekretariat erhebliche Spielräume. Der Begriff »Diskussionsforum« ist allerdings von dem Wunsch der G-77 und der NGOs weit entfernt, einen obligatorischen Konsensfindungsprozeß im Rahmen der UNCTAD Verhandlungen bei der WTO über »neue Themen« vorzuschalten. Dies gilt vor allem für das Multilaterale Investitionsabkommen, das die Industrieländer im Rahmen der OECD schon verhandeln und versuchen, in die WTO-Ministertagung von Singapur im Dezember 1996 einzubringen. Auch wird es nicht Aufgabe der UNCTAD sein, die Verhandlungsfähigkeit der Entwicklungsländer bei WTO-Verhandlungen zu stärken. Andererseits ist die UNCTAD aber auch nicht nur darauf beschränkt, wie es die G-7 am liebsten gesehen hätte, eine Art Sonntagsschule für die LDC im liberalisiertem Welthandel zu werden, die LDC also in die WTO-Abkommen hineinzuführen und diese Vereinbarungen für sie nachzubereiten.

Die UNCTAD soll sich also höchstens in ihrer analytischen Arbeit mit »neuen« und »entstehenden Themen« befassen. Bemerkenswert ist, daß Investitionen, Umwelt und Wettbewerb zwar als »neue« Themen der UNCTAD-Analysen genannt werden, nicht aber regionale Wirtschaftszusammenschlüsse und Sozialstandards. Mit Blick auf die gewünschte Beschränkung der UNCTAD auf die LDC setzten die Industrieländer durch, daß der analytische Teil des Schlußdokuments sehr viel kürzer, allgemeiner und oberflächlicher ausfiel, als dies bei früheren UNCTAD-Konferenzen der Fall war. Mit Ausnahme des Marginalisierungsproblems wird nur sehr vage auf die weiteren Risiken der Globalisierung durch Liberalisierung eingegangen. Zur ›Unbeständigkeit‹ der Finanzmärkte heißt es lediglich, daß die Entwicklungsländer darüber besser informiert werden sollten. Den LDC soll gar beigebracht werden, wie sie sich mit Derivatengeschäften absichern könnten (Ziff. 57).

Bis zum Schluß der Tagung ging das Feilschen darum, ob und wie die seit 32 Jahren unerfüllte Verpflichtung der Industrieländer erneuert werden sollte, 0,7 vH ihres Sozialprodukts für staatliche Entwicklungsleistungen und 0,15 vH für die LDC aufzubringen. Die Industrieländer setzten durch, daß das 0,7-vH-Ziel im Schlußdokument nicht mehr explizit, sondern nur indirekt (durch einen Verweis auf den Rio-Gipfel von 1992 über Umwelt und Entwicklung) erwähnt wird (Ziffern 53 und 54). Zum Thema Schuldenerleichterung waren sie gerade noch zu dem Hinweis bereit, daß die Neapel-Beschlüsse der G-7 von 1994 umgesetzt werden sollten (Ziff. 55).

Im Sinne der Konzentration auf die LDC wurde durchgesetzt, diese Länder nicht mehr im Rahmen eines separaten Aufgabenbereichs, sondern als Querschnittsthema in allen Aktivitäten und Abteilungen der UNCTAD zu behandeln. Man einigte sich darauf, in Zukunft folgende Themen zu Querschnittsaufgaben dieses Spezialorgans zu machen: nachhaltige Entwicklung, Armutsbekämpfung, Machtgleichstellung der Frau (empowerment), LDC und Süd-Süd-Zusammenarbeit (Ziff. 84).

Analysefunktion und Technische Zusammenarbeit bestätigt

Mandat und Themengebiete der UNCTAD erfordern eine Analysefunktion, Technische Zusammenarbeit und entsprechende Kapazitäten im Sekretariat. Hierüber wurde zwar grundsätzlich Konsens erzielt, aber im Detail gibt es große Meinungsverschiedenheiten. Mit

den kritischen Analysen des UNCTAD-Sekretariats sind besonders die Vereinigten Staaten unzufrieden. Im vergangenen Jahr versuchten sie sogar, das Erscheinen des Handels- und Entwicklungsberichts zu verhindern oder wenigstens zu erschweren. Dennoch scheint nach Midrand gesichert, daß die beiden zentralen UNCTAD-Jahresberichte – der zweite ist der Weltinvestitionsbericht (World Investment Report, WIR)¹⁴ – und wahrscheinlich auch der Bericht über die Lage der LDC¹⁵ weiter erscheinen werden.

Die Europäer waren gegen die Leistung Technischer Hilfe durch das UNCTAD-Sekretariat; dafür gebe es ja schon das Internationale Handelszentrum (ITC)¹⁶ in Genf, das UNCTAD und WTO gemeinsam unterhalten. Obgleich sich die UNCTAD-Aktivitäten zur Erhöhung der Handelseffizienz, insbesondere die computergestützten Programme, wachsender Anerkennung erfreuen, ist eine Ausweitung der Technischen Hilfe der UNCTAD auf diesem Gebiet umstritten. Nicht zuletzt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das sich im Rahmen der deutschen Verhandlungsstrategie auf die Technische Zusammenarbeit konzentrierte, sperrte sich gegen solche Aufgaben.

Erwartungsgemäß fand der Wunsch keinen Konsens, die UNCTAD zu beauftragen, umfassender als die Weltbank, der IMF und in Zukunft auch die WTO entwicklungspolitische Überprüfungen einzelner Länder vorzunehmen. Die Entwicklungsländer wollten, daß sich die UNCTAD dabei im Sinne der auf der UNCTAD VIII in Cartagena vereinbarten ›Neuen Entwicklungspartnerschaft‹ auf Aspekte wie Armutsbekämpfung, dauerhafte Entwicklung, Demokratisierung, ›good governance‹, Privatisierung, Investitionen und Erhöhung der Handelseffizienz konzentriert.

Der Vorschlag Ricuperos, die Zivilgesellschaft stärker an der UNCTAD zu beteiligen und dazu einen ›Senat‹ aus Vertretern von Wirtschaft, Entwicklungs-NGOs und Wissenschaftlern einzurichten, wurde zurückgestellt. Das UNCTAD-Sekretariat sollte zuerst nachweisen, daß sich insbesondere relevante Wirtschaftskreise für diese Form der Mitarbeit interessieren und auch bereit sind, die Kosten dieses Gremiums zu finanzieren (der deutsche Bundesverband der Industrie erklärte inzwischen sein Interesse an einer Zusammenarbeit).

Bemerkenswert ist, daß die ehemaligen sozialistischen Staatswirtschaftsländer im Schlußdokument zwar hin und wieder Erwähnung finden, aber praktisch aus dem Blickfeld der UNCTAD herausfallen. Die heutigen Transformationsländer selbst haben offenbar kein Interesse, ihre Handelsprobleme mit Hilfe der UNCTAD zu lösen. Für den Süden ist das erst recht kein Thema. Noch nicht einmal der Zusammenbruch des Ost-Süd-Handels hat während UNCTAD IX eine Rolle gespielt. Der Westen hält die UNCTAD hier für fachlich nicht kompetent und möchte die Ost-West-Handelsprobleme lieber bilateral beziehungsweise im Rahmen der EU behandeln.

Straffung der UNCTAD

Einschneidend waren die Beschlüsse der UNCTAD IX, die Zahl der Regierungsvertreter- und Expertengremien und auch die der Sitzungstage zu verringern. Das höchste Beschlußgremium der UNCTAD, der TDB, trifft sich anstatt zweimal im Jahr nur noch einmal. Die Zahl der Ausschüsse wurde von sieben auf drei verringert; ihre Themen sind: Handel mit Gütern, Diensten und Rohstoffen; Investitionen, Technologie und damit zusammenhängende finanziellen Fragen; Unternehmensförderung. Diese drei Gremien sollen sich einmal im Jahr für maximal fünf Tage treffen und je nach Bedarf bis zu dreitägige Expertentreffen zu besonderen Themen einberufen. Die Obergrenze solcher Expertentreffen soll bei zehn pro Jahr liegen. Durch diese Maßnahmen ist beabsichtigt, die Zahl der jährlichen Gremientage von bisher 130 auf 70 Tage zu verringern. In den siebenziger Jahren betrug die Zahl der Sitzungstage der Gremien sogar weit über 500 pro Jahr.

Ein Mangel der bisherigen Gremiensitzungen der UNCTAD bestand darin, daß besonders die ärmeren Länder nur ihre Genfer Botschaftsmitarbeiter zu den Expertentreffen entsandten und darunter das fachliche Niveau der Beratungen litt. Der Vorschlag, solche Länder finanziell zu unterstützen, damit sie ihre Experten aus den jeweiligen Fachministerien entsenden können, fand allerdings nicht die notwendige Unterstützung.

*

Nicht nur Generalsekretär Ricupero und Konferenzpräsident Erwin erklärten sich zufrieden mit dem Ausgang der Konferenz. Selbst die streitbare US-Delegationsleiterin Melinda Kimble äußerte beim Abschlußplenum ihre Freude über die Reformfähigkeit der UNCTAD und berichtete nach Washington, daß alle Konferenzziele der USA erreicht worden seien. Auch die deutsche Delegation meinte, die UNCTAD habe ein Beispiel für die Reform der UN gesetzt. Es ist allerdings zu bezweifeln, ob die Industrieländer bereit sind, die UNCTAD in Zukunft zu einem ernsthaften Konsultationsforum werden zu lassen. Dabei hat gerade die Tagung in Midrand gezeigt, daß die UNCTAD die einzige globale Institution ist, die die zentralen Fragen der Weltwirtschaft in einem umfassenden Rahmen betrachtet und debattiert. Die ›Gipfelkonferenzen‹ der letzten Jahre – angefangen beim Umweltgipfel von Rio bis zu Habitat II in Istanbul – demonstrierten, welche Rolle solche Veranstaltungen bei der weltweiten Bewußtseinsbildung und politischen Konsensfindung zu Fragen des globalen Überlebens spielen können. Für die Zukunftsfragen der Weltwirtschaft reichen die jährlichen sogenannten Weltwirtschaftsgipfel¹⁷ der G-7 und die Jahrestagungen von IMF und Weltbank nicht aus. Die UNCTAD könnte dafür der geeignete globale Rahmen sein, aber die ›global players‹ haben daran bisher noch kein Interesse. Deshalb ist die Zivilgesellschaft gefordert, den notwendigen öffentlichen Druck zu mobilisieren.

- 1 Die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (United Nations Conference on Trade and Development, UNCTAD) wurde auf Grund von Resolution 1995(XIX) der UN-Generalversammlung vom 30.12.1964 als Spezialorgan der Vereinten Nationen (mit Berichterstattung an die Generalversammlung über den Wirtschafts- und Sozialrat) ins Leben gerufen. Ihr Sekretariat befindet sich in Genf. Die Konferenzen werden in der Regel im Vierjahresturnus abgehalten: UNCTAD I fand 1964 in Genf statt, UNCTAD II 1968 in Neu-Delhi, UNCTAD IV 1972 in Santiago, UNCTAD IV 1976 in Nairobi, UNCTAD V 1979 in Manila, UNCTAD VI 1983 in Belgrad, UNCTAD VII 1987 in Genf und UNCTAD VIII 1992 in Cartagena.
- 2 Siehe Wolfgang Benedek, Die neue Welthandelsorganisation (WTO) und ihre internationale Stellung, VN 1/1995 S. 13ff.
- 3 Außer den 185 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sind dies der Heilige Stuhl, die Schweiz und Tonga. Der Handels- und Entwicklungsrat (Trade and Development Board, TDB) umfaßt 140 Mitglieder.
- 4 Siehe Roland Wartenweiler, Ein Markstein der Weltwirtschaftsgeschichte. Zum Verhandlungsabschluß der Uruguay-Runde, VN 3/1994 S. 87ff.
- 5 Siehe den Kurzbeitrag von Volker Löwe in VN 2/1992 S. 59ff.
- 6 ›Eine neue Entwicklungspartnerschaft: Die Verpflichtung von Cartagena‹ (Report of the United Nations Conference on Trade and Development, Eighth Session, Report and Annexes), UN Publ. Sales No. E.93.II.D.5.
- 7 Our Global Neighbourhood, deutsch vorgelegt von der Stiftung Entwicklung und Frieden: Nachbarn in Einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik, Bonn 1995.
- 8 Siehe auch Thalif Deen, Angeschlagene Jubilarin. Die Weltorganisation an ihrem Fünfzigsten, VN 1/1996 S. 5.
- 9 Why UNCTAD? – Das Positionspapier ist abgedruckt in: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 21/95, S. p-v.
- 10 Report of the Secretary-General of UNCTAD to the Ninth Session of the Conference, UN Doc. TD/366 v. 2.1.1996.
- 11 Forum ›Umwelt und Entwicklung‹ – AG Handel, Für die Stärkung der UNCTAD. Stellungnahme deutscher Nichtregierungsorganisationen zu UNCTAD IX, Bonn, 25.4.1996.
- 12 Globalisation must not be at the expense of people. Joint International NGO Statement for UNCTAD-9, in: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 12/96, S. d4-d8.
- 13 Midrand Declaration and A Partnership for Growth and Development, TD/377 v. 24.5.1996.
- 14 Er wird von der aus dem 1993 in die UNCTAD integrierten, früher in New York angesiedelten ›Zentrum für transnationale Unternehmen‹ hervorgegangenen Abteilung für transnationale Unternehmen und Investitionen erstellt.
- 15 Siehe zuletzt den Kurzbericht von Victor Beermann in VN 1/1996 S. 18f.
- 16 Siehe zu Ursprung und wesentlichen Aufgaben Gerd Leonhardt, Handelsförderung für Entwicklungsländer. Das Internationale Handelszentrum UNCTAD/GATT, VN 2/1980 S. 47ff.
- 17 Vgl. auch Jens Naumann, Sieben für alle? Die Wahrnehmung des UN-Systems durch die G-7, VN 6/1994 S. 207ff.